

05.12.2016

Kleine Anfrage 5407

des Abgeordneten André Kuper CDU

Risiken und Nebenwirkungen der „Minuszinsen“ für die nordrhein-westfälischen Kommunen

In jüngerer Zeit wird das Wachstum der Kassenkredite auch durch die anhaltende Niedrigzinsphase begünstigt, in der kurzfristige Kredite oftmals zu niedrigeren Zinsen erhältlich sind als langfristige; die Kommunen fahren also häufig mit Kassenkrediten günstiger als mit einem herkömmlichen Kommunalkredit. In Einzelfällen bieten Banken sogar Negativzinsen, d. h. Kommunen "verdienen" mit dem Aufnehmen von Kassenkrediten sogar (geringfügig) Geld. Darum und weil andere Finanzierungsquellen kurzfristig nicht zur Verfügung stehen, hat die Kommunalaufsicht in vielen Bundesländern diese Praxis toleriert. So hat nach einem Bericht der heute-Redaktion Gelsenkirchen 2015 gut 783 Millionen Euro als Kassenkredite aufgenommen, 2008 waren es nur 145 Millionen Euro; dennoch stieg die Zinsbelastung in diesem Zeitraum nur geringfügig an von 4,6 auf 7,6 Mio. €. Die Stadt Köln etwa hat Kassenkredite in Höhe von 676 Millionen Euro aufgenommen. Für den weitaus größten Teil davon, für 562 Millionen Euro, braucht die Stadt keine Zinsen zu zahlen. Die drei kreditgebenden Banken in Deutschland, den Niederlanden und Luxemburg zahlen ihrerseits dafür, dass sie der Stadt Geld leihen dürfen. Die Negativzins-sätze, die sie mit der Kommune vereinbart haben, schwanken zwischen 0,01 und 0,03 Prozent. Das bedeutet, dass die Stadtverwaltung auf den Monat bezogen rund 6.000 Euro an ihren kurzfristigen Schulden verdient.

Die Stadt Bergisch Gladbach hat gerade zum ersten Mal in ihrer Geschichte einen Kreditvertrag mit „negativen Zinsen“ abgeschlossen. Für 20 Millionen Euro, die sich Bergisch Gladbach von einer niederländischen Bank leiht, zahlt das Geldinstitut 0,02 Prozent. Auch die Stadt Essen nutzt derzeit aktiv die Niedrigzinsphase. Für einen Kredit im Volumen von 200 Millionen Euro müssen keine Zinsen gezahlt werden und die Stadt verdient auch noch an ihrem Kassenkredit.

Kassenkredite sind vor allem ein Problem in den drei Ländern Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz und Saarland. Trotz guter Konjunktur, niedriger Zinsen und Konsolidierungshilfen der Länder steigen sie dort weiter an. Gleichzeitig kommen Kassenkredite in den Ländern Bayern, Baden-Württemberg und Sachsen nahezu nicht vor. In Nordrhein-Westfalen stellt die

Datum des Originals: 01.12.2016/Ausgegeben: 05.12.2016

Die Veröffentlichungen des Landtags Nordrhein-Westfalen sind einzeln gegen eine Schutzgebühr beim Archiv des Landtags Nordrhein-Westfalen, 40002 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, Telefon (0211) 884 - 2439, zu beziehen. Der kostenfreie Abruf ist auch möglich über das Internet-Angebot des Landtags Nordrhein-Westfalen unter www.landtag.nrw.de

Kassenkreditverschuldung insbesondere vieler Ruhrgebietsstädte eine erhebliche finanzpolitische Herausforderung dar. In Oberhausen, Hagen, Remscheid, Mülheim an der Ruhr oder Wuppertal sind hohe Verbindlichkeiten, mit Größenordnungen von 4.000 bis über 7.000 EUR je Einwohner, seit vielen Jahren ein Problem. Auch die Größenordnungen im Landesdurchschnitt von Nordrhein-Westfalen sind beachtlich: 1992 lag die Summe der Kassenkredite noch bei 234 Mio. EUR. Allein seit 2010 sind die Kassenkredite in den nordrhein-westfälischen Kommunen um 24,2% gestiegen. Bis 2015 ist die Liquiditätsverschuldung auf mehr als 26 Mrd. EUR angewachsen. Dies entspricht einer Pro-Kopf-Verschuldung von 1.558 EUR allein an Kassenkrediten. Damit halten die NRW-Kommunen mehr als die Hälfte aller Kassenkredite in Deutschland.

Kassenkredite haben in der Regel eine kurze Laufzeit und auch keine langfristige Zinsbindung oder Zinsgarantie. Entsprechend hoch ist das Zinsänderungsrisiko. Dieses Risiko schlägt unmittelbar zu Buche, wenn variable Zinssätze vereinbart wurden und das Zinsniveau wieder ansteigen sollte.

Finanzwissenschaftler bezifferten die Zinsersparnisse der Kommunen durch das günstige Marktumfeld auf rd. 1,7 Mrd. EUR im Jahr 2014 im Vergleich zu den Zinsausgaben des Jahres 2000. Damit entsprechen die Finanzierungsüberschüsse, die in den kommunalen Haushalten zuletzt erzielt wurden, in etwa der Zinsersparnis! Im Umkehrschluss bedeutet dies, dass bei einer Normalisierung des Zinsniveaus diese Überschüsse schnell abschmelzen würden.

Vor diesem Hintergrund frage ich die Landesregierung:

1. Wie entwickelten sich die Zinsausgaben der nordrhein-westfälischen Kommunen – wenn möglich getrennt nach Investitions- und Kassenkrediten – jeweils seit dem Jahr 2010 zum 31.12. (bitte jährliche und kommunalscharfe Darstellung)?
2. Wie hoch ist jeweils in den Kommunen die Differenz der Zinsausgaben im Jahr 2010 im Vergleich zu den Zinsausgaben 2015 für die aufgenommenen Kassen- und Investitionskredite?
3. Wie bewertet die Landesregierung das Risiko eines Fehlanreizes durch die Niedrigzinsphase und Minuszinsen, sich über Gebühr zu verschulden und damit langfristig hohe Risiken einzugehen?
4. Wie bewertet es die Landesregierung kommunalaufsichtsrechtlich, dass Kommunen derzeit an der Aufnahme von Krediten verdienen bzw. Kredite zu diesem Zwecke aufgenommen werden?
5. Welches Risiko sieht die Landesregierung in einer möglichen Zinserhöhung vor dem Hintergrund der massiven Verschuldung der NRW-Kommunen mit kurzfristigen Kassenkrediten?

André Kuper